

Referat auf dem Leipziger Stadtparteitag am 30. Oktober 2010

1. Allgemeine Aufgabe der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

13 Monate nach der letzten Bundestagswahl ist die bundesdeutsche Parteienlandschaft kräftig in Bewegung geraten. Geht die Dynamik so weiter, dann dürfte die politische Landkarte 2013 kaum wiederzuerkennen sein. Wie fragil und rechtspopulistisch ultraschnell verschiebbar das gesellschaftliche Koordinatensystem allerdings ist, hat die unsägliche Sarrazin-Debatte gezeigt.

Am krassesten ist die Entwicklung bei dem eigentlichen Wahlsieger FDP verlaufen, die nach einem Rekordergebnis von 14,6 Prozent seit Monaten stabil an der Fünf-Prozent-Hürde rangiert. Das ist natürlich beliebter Stoff für Kabarettisten. Auf der Lachmesse in Leipzig sagte Bruno Jonas beispielsweise vor einigen Tagen: „Westerwelle ist als Außenminister überflüssig. Demnächst wird er sinnlos in der Gegend umher fliegen und fragen: ich habe einen Kranz dabei, habt ihr `ne Begegnungsstätte?“

Das schlechte Mannschaftsspiel in der schwarz-gelben Koalition zieht auch die Union weiter in den Keller, in der es besonders im konservativen Parteimilieu immer mehr gegen den Merkel-Kurs gärt. Die SPD, die große Verliererin des Herbstes 2009, hat sich nicht lange mit Wundenlecken aufgehalten und unter dem neuen Parteichef Gabriel einen ersten Linkschwenk unternommen. Noch ist allerdings nicht erkennbar, ob die derzeitige SPD ihre Agenda-Politik wirklich und glaubwürdig verlässt, auch wenn sie sich viel Mühe gibt, Oppositionspolitik zu simulieren, um verlorene Wähler zurückzugewinnen. Die nehmen ihr das auch nicht ab – die SPD profitiert nur wenig von der desaströsen Aufstellung der Bundesregierung. Lediglich die Grünen legen deutlich zu, was nicht weiter verwundert, da enttäuschte CDU- und FDP-Wähler nicht über Nacht zu den LINKEN wechseln. Die Grünen haben es gut verstanden, sich für Besserverdienende mit ökologischem Gewissen als alternative FDP zu profilieren. Enttäuschte FDP-Wähler sind aber ohnehin nicht die primären Ansprechpartner der LINKEN. Unsere Partei muss vielmehr die vielen Menschen erreichen, die sich zunehmend ganz von der Politik abwenden, weil sie Politiker als korrupt und verlogen empfinden.

Doch DIE LINKE tut sich zweifellos schwer, die ihr gebotenen Chancen zu nutzen. Es gibt in Teilen der Partei - und das nicht nur an der Basis – ein gewisses Unbehagen über die als unbefriedigend empfundene Rolle, die DIE LINKE derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung spielt. In dem in den letzten Tagen immer wieder beschworenen Strategiepapier von Löttsch, Ernst und Gysi - das Euch heute vorliegt - heißt es daher richtigerweise: „Durch das Agieren von SPD, Grünen und Medien sowie unsere Passivität und Selbstbeschäftigung haben wir in der Bevölkerung seit der Bundestagswahl 2009 an Zuspruch eingebüßt.“ Das lag sicher nicht nur an der sogenannten Gehaltsaffäre und anderen Stockfehlern von Führungskräften der Partei in der jüngsten Vergangenheit. DIE LINKE hat ihre Rolle in einer deutlich gewandelten Oppositionslandschaft noch nicht endgültig gefunden bzw. verinnerlicht, obgleich klar ist: nur durch die Stärkung unseres Profils mit den drei Markenzeichen Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden haben wir eine Chance auf wachsende Zustimmung in der Bevölkerung. Es ist eigentlich genug gesellschaftliches Konfliktpotenzial und damit die verbundene politische Notwendigkeit vorhanden, in diesen Feldern weiter Einfluss zu gewinnen, für außerparlamentarischen Widerstand gibt es derzeit viel Rückenwind. Die libertäre Bürgerbewegung in Stuttgart ist mehr als ein Symbol, sondern zeigt, wie die Bevölkerung inzwischen sogar in langjährigen CDU-Bastionen auf die Strasse geht, wenn sie bei wichtigen Entscheidungen übergangen wird. Allerdings hat der auch von uns gern beschworene „heiße Herbst“ noch nicht die notwendige Betriebstemperatur erreicht, obwohl die Bundesregierung trotz verheerender Umfragewerte immer dreister ihre unsoziale Kahlschlagpolitik und Haushaltskonsolidierung betreibt. Vor allem die sozial Benachteiligten

sollen mit dem Kürzungspaket für die Finanzkrise zahlen, die Regierung spaltet die Gesellschaft noch stärker. Kanzlerin Merkel kürzt vor allem bei denen, die ohnehin am Wenigsten haben - bei den Erwerbslosen, Eltern und Alleinerziehenden. Wie skrupellos man dabei vorgeht, zeigt die lächerliche Erhöhung von Hartz IV um fünf Euro; eine Missachtung des entsprechenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts und zugleich der Arbeitslosen. Im Gegenzug verschont man Reiche und Vermögende nicht nur bei der Bewältigung der Finanzkrise, sondern schustert ihnen sogar noch Extraprofite – Stichwort Atomkompromiss – im zweistelligen Milliardenbereich zu.

DIE LINKE organisiert zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und außerparlamentarischen Bewegungen gegen diese unsoziale Politik von schwarz-gelb in Berlin und Dresden Widerstand. Gemeinsam müssen wir den Druck aber weiter erhöhen, um den Sozialkahltschlag erfolgreich zu stoppen, der gerade auch die Städte und Gemeinden weiter in die Verschuldung treibt. Aus diesem Grunde führten wir am vergangenen Mittwoch in Leipzig unter dem Motto „Genug gekürzt – Kommunen in Not!“ einen gemeinsamen stadtweiten Aktionstag von Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie der Stadtratsfraktion durch. Es ist hier leider nicht Zeit und Platz genug, unsere dort vorgetragenen Argumente vertieft darzulegen; wir haben Euch das entsprechende ausführliche Fakten- und Zahlenmaterial daher heute ausgereicht. Nur einige Zahlen vielleicht in gebotener Kürze: Die Bundeskürzungen im Sozialbereich bedeuten runtergebrochen auf Leipzig Mehrbelastungen für unsere Stadt von 48 Mio. Euro bzw. 94 Euro pro Einwohner. Durch den sächsischen Doppelhaushalt 2011/2012 kommen zu dieser Horrorzahl nochmals 20 Mio. hinzu; da ist von den Kürzungen bei Bildung, Kultur, ÖPNV usw. noch gar nicht die Rede. Leipzig, bekanntlich bundesweite Armutshauptstadt unter den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern, ist von den geplanten massiven Kürzungen im Bundeshaushalt und dem sächsischen Doppelhaushalt überdurchschnittlich hart betroffen. Wenn gegen diese Haushaltspolitik der sozialen Kälte nicht gegengesteuert wird, droht die bisherige Armutsquote in Leipzig mittelfristig von 27 Prozent auf ein Drittel der Bevölkerung zu steigen.

Es wird für unsere Stadtratsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, trotz dieser durch Bund und Land hervorgerufenen finanziellen Zwänge - die Leipzig derzeit ein geplantes Haushaltsdefizit von 54 Millionen Euro bescheren – überzeugend als linke alternative Gestaltungspartei in Erscheinung zu treten. Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts hat für uns oberste Priorität und wird den roten Faden unseres Umgangs mit dem Haushaltsentwurf bilden. Und das schließt den konsequenten Kampf um den Erhalt des Naturkundemuseums mit ein. Ich denke, der Parteitag sollte heute ebenso wie die Stadtratsfraktion ein deutliches Signal aussenden, dass die Leipziger LINKE entschieden die hauptsächlich vom Oberbürgermeister gegen den erklärten Widerstand unseres Kulturbürgermeisters vorangetriebene Schließung des Naturkundemuseums ablehnt.

2. Zur politischen Lage in Leipzig

Damit möchte ich zur politischen Großwetterlage in der Stadt und den sich darauf für uns ergebenden Herausforderungen kommen. Wir hatten trotz des enormen Kräfteverschleißes des Super-Wahljahres 2009 mit insgesamt vier Wahlen und eben vier Wahlkämpfen im Jahr 2010 keine längere Verschnaufpause und sollten auch 2011 nutzen, uns mit Weitblick und programmatischer Klarheit auf die nächsten harten Auseinandersetzungen vorzubereiten. Es geht in bereits absehbarer Zeit um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt. Darauf muss sich jedes Mitglied der LINKEN und jeder Sympathisant einstellen.

Im Herbst 2010 hat die Schlacht um das Leipziger Rathaus begonnen. Das Neue Rathaus soll sturmreif geschossen werden für einen CDU-Bewerber für den Posten des Oberbürgermeisters. Noch ist ein überzeugendes personelles Angebot der Konservativen nicht in Sicht, doch verfügt die CDU über nicht zu unterschätzende Ressourcen und unbändigen

Durchsetzungswillen, um einen geeigneten Kandidaten aufzubauen. Es gibt keinen Grund, die politische Sturmstärke, auf die wir uns einzustellen haben, zu unterschätzen. Wir tun deshalb gut daran, unsere Kräfte zu bündeln und ebenfalls öffentlich Tacheles zu reden. Die Gefahr ist groß, dass lange vor dem Frühjahr 2013 die schmutzige Auseinandersetzung um den Posten des Leipziger Stadtoberhaupts beginnen wird. Vor uns liegen etwas mehr als zwei Jahre des politischen Trommelfeuers und der demagogischen Vernebelung aus Richtung Dresden.

Jeder, der die Politik auf der Landesebene genau verfolgt und sich umhört, weiß seit Langem, dass die CDU Himmel und Hölle in Bewegung setzen wird, um den Leipziger Oberbürgermeister zu stellen. Ich spreche hier nicht über eine peinliche christdemokratische Bundestagsabgeordnete, die in LVZ-Äußerungen die Stadt Leipzig madig macht und schlaumeierische Ratschläge für kommunalpolitische Bereiche erteilt, für die sie vor einem reichlichen Jahr selbst noch Verantwortung als Beigeordnete trug.

Das Muster der Auseinandersetzung ist simpel gestrickt und soll mit plumpen Vereinfachungen die begehrten Stimmen bringen: Mit Verweis auf eine Reihe unbestrittener Leipziger Defizite wird es aus der konservativen Ecke penetrant heißen: "Seht her, so trist sieht es in einer Stadt mit SPD-Oberbürgermeister aus." Und unter geschickter Aufhübschung der Puppenstuben-Funktion der Landeshauptstadt werden wir ständig zu hören kriegen: "Seht her, so gut geht es einer Metropole, wo die CDU das Stadtoberhaupt stellt." Flankiert werden die demagogischen CDU-Botschaften von einer willfährigen Medienlandschaft, welche die konservativen Allmachtsphantasien als "gottgegeben" hinnimmt und weiter verbreitet.

Es kommt deshalb darauf an, die Fakten immer wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen: Leipzig wurde vor zwanzig Jahren in den ersten Einheits-Monaten industriell enthauptet; in Dresden fiel der Verlust weniger schlimm aus, und es wurde peinlich genau darauf geachtet, dass alles, was an Neuem gefördert wurde, gut zum Profil der vorhandenen, in erheblich geringerem Umfang als in Leipzig abgewickelten Forschungseinrichtungen passte.

Vom Verlust von 100.000 Industriearbeitsplätzen innerhalb von nur zwei Jahren - der höchste prozentuale Verlust aller ostdeutschen Großstädte - hat sich unsere Stadt bis heute nicht erholt. Dresden war von der Ent-Industrialisierung in weit geringerem Maße betroffen und hat dank Tausender Arbeitsplätze in den zahlreichen Landesbehörden mit einer deutlich geringeren Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Durch den weitgehenden Verlust eines Kernbereichs der Wirtschaft und der damit verbundenen Einkommens- und Aufstiegschancen fiel Leipzig auf den Status der sächsischen und inzwischen auch bundesdeutschen Armutshauptstadt zurück. Die schlimmsten sozialen Auswirkungen für die Arbeitslosen als auch für Tausende in prekären Beschäftigungsverhältnissen lassen sich seit Jahren nur durch Inanspruchnahme beträchtlicher Teile des städtischen Haushalts auffangen. Dresden kennt dieses Problem nur am Rande; der hohe Anteil gut dotierter Stellen in der öffentlichen Verwaltung entschärft dort den sozialen Sprengstoff für die Stadtgesellschaft.

Die zu Recht hoch geschätzten kulturellen Spitzeneinrichtungen in Leipzig sind alle städtisch - mit sämtlichen daraus folgenden Belastungen für den Haushalt der Stadt. Die Schwergewichte der Dresdner Kultur - allen voran Semperoper und Kunstsammlungen - gehören dem Freistaat; sie mehren den Ruhm der Stadt, ohne dem Kämmerer zur Last zu fallen.

Von der beharrlich als ehemals "rot" geschmähten Leipziger Universität blieb nach Abwicklungen und Umbauten nur ein Torso; die Technische Universität Dresden wurde parallel dazu mit erheblichen Landesmitteln zur Voll-Universität ausgebaut, zum Beispiel mit wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Instituten, die es an dieser Lehreinrichtung 150 Jahre lang nicht gab.

Leipzig musste massiv Landeseinrichtungen abgeben. Sie wurden Zug um Zug in Dresden zentralisiert. So verfestigen sich Vorteile für den einen und Nachteile für den anderen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einige Bemerkungen zur dramatischen sozialen Situation in der Stadt machen:

Das Amt für Statistik und Wahlen war auch in diesem Jahr wieder sehr aktiv und hat uns mit dem Ortsteilkatalog, dem Statistischen Jahrbuch, der kommunalen Bürgerumfrage einschließlich eines Trendreports von 1991 bis 2009 ausreichend mit Zahlenmaterial versorgt. Darüber hinaus hat auch das Projekt Lernen vor Ort den Bildungsreport 2010 vorgestellt und ist darin ausführlich auf die Bildungssituation in Leipzig eingegangen. Nachdem uns - wie bereits erwähnt - das statistische Bundesamt Mitte 2010 bescheinigt hatte, dass Leipzig die Armutshauptstadt Deutschlands ist, zeigen uns die lokalen Statistikberichte im Detail wie sehr sich die soziale Situation Leipzigs in der Schieflage befindet. Seit 1996 stagnieren beispielsweise die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Haushalte, die von Arbeitslosenbezügen leben, hinken den Erwerbstätigen-Haushalten deutlich hinterher; im Durchschnitt standen ihnen nur 40% zur Verfügung. Und auch für die Rentner sind seit der Jahrtausendwende keine nennenswerten Einkommenszuwächse zu verzeichnen. Auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften blieb in den Jahren auf hohem Niveau stabil und lag 2009 bei über 47.000. Die Anzahl der Menschen darin, die von Leistungen des SGB II also dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld leben müssen, lag bei über 80.000 im Jahre 2009 und somit seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 auf ständig hohem Niveau. Erschreckend ist dabei die Zahl der Kinder, die mit Hartz IV aufwachsen müssten, ebenfalls seit 2005 stabil bei weit über 30% der Kinder bis 15. 42.427 Personen wurden 2009 von der Statistik erfasst, die als geringfügig Beschäftigte gelten. Sie haben also Arbeit, von der man nicht leben kann. 10.218 davon arbeiten in einem „Nebenjob“, für 32.209 Menschen ist es die einzige Erwerbsarbeit. Angesichts dieser sozialen Lage ist es nicht verwunderlich, wenn der Bildungsreport der Stadt Leipzig ausweist, dass im Jahre 2009 nur 85,6% der Kinder eine jugendärztliche Empfehlung für die Einschulung in eine Regel-Grundschule erhalten. Zurückgestellt werden 5,9% der Kinder, 5,6% werden in die Förderschule und 2,9% in die Integration verwiesen. Rechnet man die rund 5% der Kinder dazu, die die erste Klasse der Grundschule nicht schaffen, müssen wir feststellen, dass inzwischen rund 20 % der Kinder nicht die nötige Reife für das erste Regelgrundschuljahr besitzen. Es wundert einen dann auch nicht mehr, dass nur rund 71% der Mittelschüler die Schule mit dem Realschulabschluss verlassen. 2,8 % erreichen dann noch den qualifizierten Hauptschulabschluss, 15,3% den Hauptschulabschluss, während immer noch 10,5% der Schüler diese Schule ohne jeden Abschluss verlassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich bin auf den Vergleich der beiden größten sächsischen Städte deshalb so ausführlich eingegangen, weil das Dresdner Rathaus und das Dresdner Stadtparlament mit einer Reihe von schwierigen Problemen nicht belastet sind, für die wir in der Leipziger Kommunalpolitik immer wieder um Lösungen und um linke Positionen ringen müssen. Wenn also - wie zuletzt durch CDU-Frontmann Flath frech behauptet - die Leipziger Probleme "hausgemacht" seien, müssen wir beharrlich klarstellen, dass es sächsische CDU-Politik war, die unsere Stadt über zwei Jahrzehnte hinweg systematisch benachteiligt hat. Jedem muss klar sein, dass sich die Stadt Leipzig aus dieser misslichen Position nur langsam heraus- und wieder emporarbeiten kann.

Kommen wir zum personellen Angebot: Oberbürgermeister Jung ist inzwischen seit über vier Jahren im Amt. Er hat den Chefposten im Leipziger Rathaus ohne glanzvollen Sieg errungen. Nur noch mal zur Erinnerung: In der Stichwahl machte sein Vorsprung vor dem CDU-Bewerber Uwe Albrecht magere 1,7 Prozentpunkte aus, die es höchstwahrscheinlich nicht gegeben hätte, wenn wir im entscheidenden Wahlgang weiterhin einen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt hätten. Stattdessen legten wir nach tiefgründiger Debatte allen Wählerinnen und Wählern nahe, eine kluge Entscheidung zwischen Jung und Albrecht zu

treffen. Jung hat auf der Zielgeraden in höchster Bedrängnis explizit um die Stimmen der LINKEN geworben. So kam es zum äußerst knappen Zieleinlauf. Doch machen wir uns nichts vor: Die CDU wird gegen den SPD-Mann Jung einen Kandidaten anderen Kalibers als Albrecht aufbieten, wenn Anfang 2013 aus ihrer Sicht "abgerechnet" und neu gewählt wird.

Auch DIE LINKE muss bilanzieren und ihre strategischen Optionen abwägen. Deshalb an dieser Stelle einige politische Eckpunkte und Wertungen. Klar ist, dass in die Amtszeit von Burkhard Jung zwei Bürgermeisterposten für uns fallen, und die Wahl von Heiko Rosenthal Mitte 2006 war eine Zäsur in der Leipziger Stadtpolitik nach 1990. Diese Kandidatur und diese Wahl hätte es mit dem selbst ernannten "DDR-Widerständler" Tiefensee nicht gegeben. Dass es endlich zur Entkrampfung an der Rathauspitze kam, setzte ein wichtiges Zeichen.

Tollkühn war andererseits, dass Jung als Neuling im Amt ohne politische Vorfeldarbeit das Riesenthema Stadtwerke-Anteilsprivatisierung anpackte und sich am 27. Januar 2008 in dem von uns unterstützten Bürgerentscheid durch das nahezu einhellige, ablehnende Votum der Leipziger eine blutige Nase holte.

Die Auseinandersetzung um die Stadtwerke band viel Energie im ersten Amtsjahr des dritten Leipziger Oberbürgermeisters seit 1990. Und in diesem Jahr banden die aufgefliegenen schwerstkriminellen gierigen Exzesse der einstigen Geschäftsführer der Wasserwerke wieder beträchtliche Energie. Wir alle wissen, dass der Ausgang offen ist und im schlimmsten Fall unsere Stadt hart an den Rand des finanziellen Ruins bringen kann. Wenn dem Oberbürgermeister, dem wie bei diesem Thema für sein resolutes Eingreifen den gebührenden Respekt zollen wollen, mit Blick auf die kommunalen Betriebe etwas vorgeworfen werden muss, dann allerdings, dass er es in einer für ihn typischen Art zwischen dröhnender, ultimativer Warnung an eigensinnige Geschäftsführer der städtischen Betriebe und folgenlosem Versanden jedes Vorfalls an der nötigen Konsequenz zum Durchgreifen bei erkannten Missständen fehlen lässt.

Mal spricht er öffentlich ein Ultimatum für bedrängte Geschäftsführer aus, sie mögen bekennen, keine Bestechungsbeträge oder -geschenke entgegengenommen zu haben. Doch es passiert nichts, wenn die Angesprochenen gar nicht dran denken, die geforderte Erklärung abzugeben. Mal dröhnt Jung vor hunderten Zuhörern, wenn sich an der Benachteiligung Leipzigs durch die sächsischen Landespolitik nichts ändere, werde er die mitteldeutsche Karte ziehen und den Schulterschluss mit Halle enger gestalten. Doch dazu kommt es nicht, obwohl sich an der Politik der Staatsregierung in Dresden kein Jota ändert. Mal geißelt Oberbürgermeister Jung die "unverschämte" und nicht hinnehmbare Benachteiligung der Stadt Leipzig im Zuge der brutalen Kürzungsorgien des sächsischen Landeshaushalts. Doch in Wahrheit fällt die offizielle Leipziger Reaktion in Dresden gewohnt lau aus.

Selbstzweifel plagten unseren Oberbürgermeister nicht. Das ist erstaunlich angesichts seiner mageren Bilanz. Ihn erzürnt, wenn prominente Leipziger bis tief in die Reihen der SPD hinein seinen Politikstil der Beliebigkeit in einem offenen Brief kritisieren. Er sieht seine Leistungen nicht ausreichend gewürdigt. Doch auf das gängigste Beschwichtigungs-Argument seiner beiden Amtsvorgänger kann er nicht zurückgreifen: Es fällt in seine Amtszeit keine Großansiedlung eines bekannten Unternehmens. Aber dem Wirtschaftsdezernat steht ja auch Uwe Albrecht vor.

Zum Schluss, um die Analyse abzurunden, noch ein Blick auf das Leipziger "Innenverhältnis": Es mag ja sein, dass die ständige Aufwärmung des Gedenkens an den Herbst 89 in Leipzig weiterhin den Nerv eines Teils der Stadtgesellschaft trifft. Doch zu fragen ist, was im Kerzenschein praktisch erreicht werden kann. Die in Pathos-Soße getunkte Selbstverzückung ganzer Heerscharen von Leuten, die damals gar nicht dabei waren, ist einfach in höchstem Grade peinlich. Der brennende Wunsch der Revolutions-Interpreten, Leipzig als Primus des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs im Unterbewusstsein der Deutschen zu verankern, wird nicht gelingen. Die Bilder vom Mauerfall sind zu dominant und die Deutungshoheit des regierungsamtlichen Berlins ist zu zementiert, als dass die Hauptstadt

in den Heldenchor "Ohne den 9. Oktober in Leipzig hätte es den 9. November in Berlin nicht gegeben" einstimmen würde. Es bleibt deshalb ein Kampf mit den Windmühlenflügeln des Zeitgeistes. Wenn nun aber unter der Hand das Lichtfest von 2009 plötzlich zu einem jährlich wiederkehrenden "Event" aufgebaut wird, muss die Frage erlaubt sein, ob sich der beträchtliche finanzielle, personelle und organisatorische Aufwand wirklich lohnt und ob es in Leipzig keine drängenderen Probleme gibt, für die vielfältige Ressourcen gebraucht werden. Lohnend ist in diesem Zusammenhang ein Blick in die Leserbriefspalten der LVZ zum Thema überzogenes "Heldengedenken" und Bestückung des öffentlichen Raums mit Stelen und Einheitsdenkmälern.

Gemessen an den zu lösenden politischen Aufgaben ist der Blick exponierter Vertreter der Rathauspitze viel zu oft rückwärts gewandt. Damit wird die Gegenwart vernachlässigt und im schlimmsten Fall die Zukunft verspielt. Im Zweifel würde ein Blick in die Erklärung von Oberbürgermeister Jung vor dem Stadtrat anlässlich seines Amtsantritts im Jahr 2006 genügen, um auch weiterhin Klarheit über Art und Umfang der zu lösenden Aufgaben zu erlangen. Im Übrigen ist diese Rede für uns genau jener Maßstab, mit dem wir die Arbeit des Oberbürgermeisters jetzt und in Zukunft messen werden. Die Tatsache, dass der vor vier Jahren an die Rathauspitze gelangte SPD-Mann in allen Punkten dem notorisch schwachen CDU-Mann vorzuziehen ist, der gegen ihn angetreten war, kann auf jeden Fall für uns kein Argument sein, unsere eigenen Positionen zurückzunehmen und uns auf faule Kompromisse im Sinne des "kleineren Übels" einzulassen. 2013 werden die Karten neu gemischt, und darauf müssen wir in der gesamten Partei eingestellt sein.

Für die LINKE kommt es in den vor uns liegenden zwei Jahren bis zur Oberbürgermeisterwahl die programmatische Arbeit zu verstärken, beharrlich den eigenen Kandidaten bzw. die eigene Kandidatin aufzubauen und im Übrigen, Oberbürgermeister Jung täglich aufs Neue herauszufordern, endlich entschlossen die eigenen Schwerpunkte abzarbeiten, unter denen sich durchaus einige Berührungspunkte zwischen der LINKEN und der Sozialdemokratie befinden, indem die soziale Gerechtigkeit endlich konsequent praktiziert wird.

3. DIE LINKE in Leipzig im Jahr 2011

Um dieser strategischen Herausforderung gewachsen zu sein, müssen wir unseren Stadtverband im Jahr 2011 inhaltlich und organisatorisch entsprechend weiterentwickeln. Um dabei die richtigen Anknüpfungspunkte zu finden, scheint mir eine ehrliche Bilanz des in diesem Jahr Erreichten bzw. der Blick auf die vorhandenen Defizite unverzichtbar. Dazu möchte ich nochmals den Bogen zum Herbst 2009 spannen.

Aus der kritischen Auswertung der Erfahrungen des Super-Wahljahres 2009 entwickelten wir in den Folgemonaten bekanntlich die Erkenntnis, dass wir uns deutlich besser aufstellen müssen, um Schwachstellen, die im Wahlkampf offenbar wurden, mittelfristig auszumerzen. Es ging und geht vor allem darum, auch außerhalb der Wahlkämpfe eine hohe Präsenz der Partei in der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Deshalb wurde im Vorfeld der 1. Tagung des 2. Stadtparteitages unter dem Leitmotiv „Original sozial!“ bekanntlich ein Zehn-Punkte-Aktionsprogramm diskutiert und dann mit großer Mehrheit verabschiedet.

Es ist heute an der Zeit eine erste Bestandsaufnahme dieses wichtigen Beschlusses vorzunehmen, um zu sehen, wo wir gut bzw. auch weniger gut vorangekommen sind, um mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.

Ich will nicht alle 10 Punkte in Oberlehrermanier abarbeiten, aber wichtige Einzelpunkte sollten wir schon genauer anschauen: Die im Punkt 1 beschlossene Organisation regelmäßiger inhaltlicher Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, die mindestens eine halbjährliche Veranstaltung in den Stadtbezirksverbänden einschloss, wurde bislang nur partiell erfüllt. Die ökologischen Leitlinien stehen heute hingegen wie beschlossen auf der Tagesordnung dieses Stadtparteitages. Erfreulicherweise konnte auch am 11. Oktober mit

dem Stadtbezirk Mitte die Gründung der insgesamt 10 Stadtbezirksverbände erfolgreich abgeschlossen werden. In die Lösung dieser Aufgabe floss von zahlreichen Genossinnen und Genossen viel Energie und Engagement; ich möchte allen Beteiligten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich danken und vor allem den in diesem Jahr neu gewählten Vorsitzenden der Stadtbezirksverbände Carola Lange, Margitta Hollick, Franziska Godau, Keith Barlow und Ulf Graslaub - das ist übrigens eine respektable Frauenquote - für ihre verantwortungsvolle Arbeit viel Glück und Erfolg wünschen;

Was die regelmäßigen inhaltlichen Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen betrifft muss man feststellen, dass wir hier noch erhebliche Reserven haben, wenngleich der Hartz IV-Aktionstag, die Bilanztour der Landtagsfraktion, ein Infostand zur Energiepolitik, ein Bürgerforum zu Sicherheit und Ordnung und der schon erwähnte Aktionstag „Kommunen in Not“ am vergangenen Mittwoch nicht übersehen werden sollten.

Unübersehbare Defizite gab es bei den regelmäßig stattfindenden Infoständen in allen Stadtbezirken. Ich bitte hier vor allem die Stadtbezirksvorstände, wenn dann im Frühjahr 2011 das Wetter wieder zu Infoständen einlädt, diesem wichtigen Punkt mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Punkt vier hatten wir anlassbezogene Plakat-Kampagnen beschlossen: hier konnten wir gegen Hartz IV und den Afghanistan-Einsatz sowie für die Mitgliedergewinnung eigene Akzente setzen. Die im Punkt fünf avisierte Verbesserung der Kontakte zu Vereinen, Verbänden und außerparlamentarischen Gruppen ist noch nicht weiter vorangekommen. Hier sind wir derzeit dabei, Übersichten zu erstellen, welche Mitglieder in welchen Vereinen und Verbänden aktiv sind, um zunächst einen Überblick zu erhalten und dann Handlungsbedarf festzustellen.

Die LINKE sucht die stärkere Verankerung in sozialen Brennpunkten lautete implizit eine weitere Festlegung. In diesem Punkt ist mit dem Projekt LINKS.hilft in den Abgeordnetenbüros wichtige Aufbauarbeit geleistet worden; immer mehr werden die Büros als Anlaufstelle für kompetente Sozialberatung wahr- und angenommen. LINKS.hilft ist ein Angebot, das von hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürgern immer mehr in Anspruch genommen wird. Leider ist abzusehen, dass der Zulauf auf Grund der sozialen Notlage in der Stadt in Zukunft weiter zunehmen wird. Darauf müssen wir uns einstellen; zum Projekt selbst wird Pia Witte nachher noch etwas ausführlich berichten.

Was die Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten betrifft, ist uns in diesem für uns so wichtigen Arbeitsbereich durch die AG Betriebe und Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit der AG Soziale Politik gelungen, eine weithin beachtete Veranstaltungsreihe mit den Gewerkschaften ins Leben zu rufen.

Die im Punkt sechs geforderten regelmäßigen Zusammenkünfte zwischen Landtagsabgeordneten, Stadt- und Ortschaftsräten, Stadtbezirksbeiräten, den Stadtbezirksvorständen fanden noch nicht statt; auch hier muss uns im nächsten Jahr der Durchbruch gelingen. Regelmäßige Neumitgliedertreffen hingegen – wie im Punkt sieben gefordert – werden seit einiger Zeit monatlich durchgeführt.

Mit den Punkten neun und zehn streben wir bekanntlich an, verstärkt junge Menschen anzusprechen und neue Medien intelligenter zu nutzen. Auch in diesen beiden Bereichen können wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sein.

Versucht man ein realistisches Fazit bei der Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsprogramms 2010 zu ziehen, würde ich vom berühmten Glas Wasser sprechen, das halbvoll ist. Vieles wurde durchaus erfolgreich in Angriff genommen; mindestens die Hälfte der Arbeit steht uns aber auch noch bevor. Lasst uns alle gemeinsam mit Schwung im Jahr 2011 weiter an den bislang nicht erfüllten Aufgaben des Aktionsprogramms arbeiten und das Glas zumindest bis zum Eichstrich füllen.

Der Blick auf das 10-Punkte-Programm und seine weitere Umsetzung ist für die künftige Arbeit allerdings nicht ausreichend. Weitere neue inhaltliche Herausforderungen kommen auf uns zu. Aus aktuellem Anlass will ich sie an einer Stelle etwas genauer charakterisieren; dazu

gestattet einen Blick zurück auf den Samstag vor zwei Wochen. Wie ihr alle wisst, wollten am 16. Oktober Neonazis mit einem Sternmarsch aus vier Demonstrationszügen ihre peinliche Niederlage vom Herbst 2009 unbedingt ausmerzen. Mit diesem Konzept sind sie erneut gescheitert. Mehrere Tausend Menschen folgten an diesem Tag dem Aufruf des Bündnisses "Leipzig nimmt Platz", sich den Neonazis zu widersetzen. Erstmals kam es Leipzig zu einer Erklärung von allen im Stadtrat vertretenden Fraktionen. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister hatten sie die Leipzigerinnen und Leipziger zum friedlichen Protest aufgerufen.

Auch das Vorgehen der Stadtverwaltung gegenüber den Anmeldungen der Neonazidemonstrationen war offenbar sehr gut abgestimmt. Besonders bemerkenswert ist, dass die Bemühungen der Stadt Leipzig, den Sternmarsch der Neonazis zu einer lokal und zeitlich begrenzten Kundgebung zusammenzulegen, Erfolg hatte. Im Vorfeld konnte man nicht unbedingt annehmen, dass diese Beschränkungen gerichtsfest sein würden; zu oft schon hatten das Verwaltungsgericht Leipzig und vor allem das Oberverwaltungsgericht Bautzen andere Entscheidungen getroffen.

Diesmal war das anders: die komplexen Auflagen und Beschränkungen haben den Widerspruch vorm Verwaltungsgericht und die folgende Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ohne Abstriche überstanden. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die beantragte Demonstrationsroute im Eilverfahren nicht mehr freigegeben.

Das der Bürgermeister für Ordnung und Sicherheit, unser Genosse Heiko Rosenthal, daran einen großen Anteil hatte, ist offensichtlich. Er konnte sich mit seiner Auffassung im Rathaus behaupten und so die verschiedenen Neonazidemonstrationen verhindern. Daher nochmals mein ausdrücklicher Dank an Heiko für dieses couragierte Engagement und taktisch geschickte Vorgehen. Ewas merkwürdig berührt in diesem Zusammenhang allerdings, dass durch Jugendliche unserer Partei am Vorabend versucht wurde, gegen die ausdrückliche Empfehlung des Bürgermeisters eine andere Demonstration durchzusetzen. Klar scheint mir, dass wir schlecht ein Demonstrationsverbot fordern können und im gleichen Atemzug ein solches kritisieren. Und so war in den Medien zu lesen, dass die eigenen Genossen gegen ihren linken Bürgermeister klagen wollen. Mittlerweile soll diese Klage sogar im Fortsetzungsfeststellungsverfahren weiter verfolgt werden. Ich halte dieses Vorgehen für höchst problematisch.

Die nassforschende Ankündigung der Neonazis, schon bald wieder nach Leipzig zu kommen, kann uns nicht ins Bockshorn jagen. Die Geschehnisse am 16. Oktober 2010 in Leipzig haben gezeigt, dass es möglich ist, den Nazis erfolgreich zu begegnen, wenn in einem breiten, überparteilichen Bündnis gemeinsam gegen diesen braunen Spuk gearbeitet wird. Wie bedrohlich jenseits aller Nazi-Demonstrationen die Alltagslage allerdings ist und wie schnell Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auch in unserer Stadt zum Ausbruch kommen, hat die schreckliche Bluttat vom vergangenen Wochenende gezeigt, als ein 19jähriger Iraker von zwei vorbestraften Gewalttätern mit augenscheinlich rechtsextremistischen Hintergrund ermordet wurde. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei der trauernden Familie. Dieses schreckliche Geschehen macht deutlich, dass DIE LINKE weiterhin als konsequent antifaschistische Partei gefragt ist; schon am 3. November, dem nächsten Mittwoch, belegen wir diesen Anspruch, wenn wir im Erich-Zeigner-Haus zu einer Veranstaltung mit Mouctar Bah, dem Freund des in Polizeigewahrsam verbrannten afrikanischen Asylbewerbers Oury Jalloh, einladen. Mit dem Antifaschistischen Aktionskonzept, beschlossen auf der 3. Tagung des 1. Stadtparteitages am 21. Juni 2008, verfügt die Leipziger LINKE im Übrigen durchaus über einen noch immer aktuellen Handlungsfaden in diesem wichtigen Politikbereich. Weiterentwicklungen bzw. bestimmte inhaltliche Vertiefungen sind deswegen aber keinesfalls ausgeschlossen.

Die seit Wochen geführte heuchlerische Debatte um Zuwanderung, Einbürgerung und Integration fordert durchaus auch DIE LINKE heraus. Heerscharen von Lobbyisten und

Besserwissern befeuern in endlosen Talkshows den Streit um Kopftücher und Frauenrechte, um Parallelgesellschaften und dringend notwendige ausländische Fachkräfte. Während die bürgerlichen Medien noch zumeist um scheinbare politische Korrektheit kämpfen, arbeitet Sarrazin mit seinen kruden Thesen schon längst den rechten Rattenfängern zu. Andererseits versucht die Bundesregierung, Fachleute aus Entwicklungsländern abzuwerben; qualifizierte Migrantinnen und Migranten sind immer gut genug für die Interessen des deutschen Kapitals. Noch immer aber tut sich die politische Elite des Landes schwer, Deutschland als Zuwanderungsland zu begreifen, obwohl mittlerweile etwa 20% der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund besitzen. In Leipzig leben laut jüngster Statistik 42.258 Einwohner mit Migrationshintergrund, das sind 8,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Praxis zeigt, dass eine große Reihe von ihnen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Stadtgesellschaft leistet, sie sind eine Bereicherung für uns. In Leipzig leben inzwischen Migranten der dritten Generation. Migrantenkinder besuchen verstärkt Schulen, Fachschulen, Universitäten und Fachschulen. Sie arbeiten aber auch in den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft. In unserer Stadt wirken anerkannte ausländische Ärzte, Ingenieure, Kaufleute, Apotheker und Juristen. Viele sind auch politisch aktiv, sie engagieren sich in Parteien, Bürgervereinen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen und bilden so einen gewichtiger Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens in unserer Stadt.

Unsere Partei hatte den langjährigen Kampf für die Entstehung eines Migrantenbeirats als legitimierte Vertretung der Migranten in Leipzig unterstützt. Im Jahre 2009 hat dieses Gremium seine Arbeit aufgenommen, doch von einer demokratisch legitimierten Vertretung ist es noch ein Stück entfernt. Wir werden die Forderung nach einer Wahl von Migrantenvertretungen unterstützen. DIE LINKE muss ihre integrationspolitische Arbeit mit den Migrantinnen und Migranten in Leipzig weiter verstärken und dabei auch nach Wegen und Mitteln suchen, ihren Einfluss in diesem Bereich zu verstärken; die zahlreichen guten Erfahrungen bei der politischen Arbeit mit den Spätaussiedlern gilt es in andere Bereiche zu übertragen. Wir dürfen diesen wichtigen Teil der Stadtbevölkerung nicht allein der SPD und den Grünen überlassen, denn unsere Partei ist eine konsequente Unterstützerin für die Belange der Migranten. Es ist daher auch zu überlegen, wie Mitglieder unserer Partei mit Migrationshintergrund stärker in Kontakt mit Migrantenvereinen treten. Es muss künftig besser gelingen, diese Milieus für unsere Politik zu gewinnen. Insofern ist es zu begrüßen, dass wir in der Antragsdebatte heute auf dieses Thema noch mal zu sprechen kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestattet zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zur Programmdebatte, in der wir als Partei bekanntlich gerade mittendrin sind. Auch im Stadtverband Leipzig gab es dazu schon zahlreiche Diskussionsveranstaltungen und Wortmeldungen. Am 7. November wird es in Hannover ein Programmkonvent geben, auf dem eine Zwischenbilanz gezogen und deutlich gemacht werden soll, wo wir mit unserer Debatte stehen, welche Teile des Programms auf allgemeine Zustimmung stoßen und wo es weiteren Diskussionsbedarf gibt. Wie Bundesgeschäftsführerin Caren Lay heute in ihrem ND-Gastbeitrag zu recht schreibt: „Der Programmwurf ist keine Bibel in einer Vitrine, an der nicht gerührt werden darf.“ Dabei geht es um nicht um Verwässerung, sondern um Verbesserung. Als Leitantrag für den nächsten Parteitag wird der Parteivorstand bekanntlich in der ersten Hälfte 2011 einen überarbeiteten Programmwurf einreichen, der Ende nächsten Jahres mit einem Mitgliederentscheid beschlossen werden soll. Wir sollten auch in Leipzig in den nächsten Monaten die Chance nutzen, gemeinsam mit Sympathisantinnen und Sympathisanten, mit Gewerkschaften, Verbänden und weiteren Bündnispartnern über den Programmwurf zu diskutieren. Diese Debatte sollten wir zugleich nutzen, um unser inhaltliches Profil zu schärfen und unsere Positionen in der Öffentlichkeit weiter sichtbar zu machen. Am Ende muss ein Programm stehen, mit dem DIE LINKE die Debatte um soziale Gerechtigkeit und

eine friedliche Welt anführt. Parallel dazu wollen wir erklärtermaßen der Motor für den Politikwechsel in der Bundesrepublik werden. Mit Blick auf diese strategische Herausforderung will sich DIE LINKE auf drei Schwerpunkte in den nächsten Monaten konzentrieren: gerechte Steuern, höhere Hartz-IV Regelsätze und Mindestlohn statt Kürzungspakete ist der erste Block; die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems und Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung der zweite und der Kampf um eine Rente, die vor Altersarmut schützt statt Rentenkürzungen und Rente mit 67 der dritte.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben in Leipzig in unserem Stadtverband eine gute Ausgangslage, diesem hohen politischen Anspruch gerecht zu werden. Dafür lohnt es sich weiter gemeinsam zu kämpfen und zu streiten. Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.